- öffentlicher Teil -

Sitzungsvorlage

für den

Umweltausschuss	13.08.2008
Bau- und Planungsausschuss	21.08.2008
Hauptausschuss	09.09.2008
Rat	24.09.2008

27. Änderung des wirksamen Flächennutzungsplanes der Gemeinde Kreuzau im Ortsteil Drove zum Zwecke der Ausweisung zusätzlicher Bauflächen;

hier: a) **Beratung und Beschlussfassung zum Ergebnis der Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB sowie zu den Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauB**

b) **Beschlussfassung zur Durchführung der Offenlage gem. § 3 (2) BauGB**

I. Sach- und Rechtslage:

Der Rat der Gemeinde Kreuzau hat in seiner Sitzung am 19.02.2008 die 27. Änderung des FNP neu beschlossen. Die Änderung beinhaltet nunmehr die Ausweisung zusätzlicher Wohnbauflächen im Ortsteil Drove, und zwar in dem Teilbereich zwischen der Drovestraße und der L 249 am Ortsteingang Drove.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 (1) BauGB hat im Rahmen einer Informationsveranstaltung am 14.04.2008 im Rathaus Kreuzau stattgefunden. Hieran haben 16 Bürger/-innen teilgenommen. Alle anwesenden betroffenen Grundstückseigentümer haben sich mit der Ausweisung der Wohnbauflächen einverstanden erklärt.

Die Eigentümer der bebauten Grundstücke Drovestraße 276 bis 290 (ehemalige Offiziershäuser) haben jedoch bereits zum jetzigen Zeitpunkt zum Ausdruck gebracht, dass sie im Zuge des zukünftigen konkreten Bebauungsplanverfahrens kein Interesse an der Ausweisung überbaubarer Flächen im rückwärtigen Bereich ihrer Grundstücke haben. Diese klare Aussage hat zwar auf das FNP-Verfahren keinen Einfluss, wird aber nicht unerheblichen Einfluss auf den zukünftigen B-Plan nach sich ziehen.

Auch seitens der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind keine abwägungsrelevanten Stellungnahmen eingegangen, sodass ich Ihnen nunmehr empfehlen kann, die Verwaltung mit der Durchführung der Offenlage zu beauftragen.

II. Haushaltsmäßige Auswirkungen:

Die Kosten für die Änderung des Flächennutzungsplanes stehen im Verwaltungshaushalt bereit.

III. Beschlussvorschlag:

„1. Die Ergebnisse der Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Trägerbeteiligung werden zur Kenntnis genommen. Änderungen an der Planung ergeben sich jedoch nicht.

2. Die Verwaltung wird ermächtigt, nunmehr gemäß § 3 Abs. 2 BauGB die Offenlage durchzuführen.“

Der Bürgermeister
i.V.

- Stolz -

IV. Beratungsergebnis:

Einstimmig: _____
Ja: _____
Nein: _____
Enthaltungen: _____